# Das Jüdische Echo

## Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 1.—, Halbjährig Mk. 2.—, Ganzj. Mk. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag, Auslieferung und Schriftleitung des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4.




Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 26 | München / 6. Jahrgang | 27. Juni 1919

## 1919 Wochenkalender 5679

| | Juni | Tammus | Bemerkung |
|---|---|---|---|
| Sonntag | 29 | 1 | ב׳ דר״ח |
| Montag | 30 | 2 | |
| | Juli | | |
| Dienstag | 1 | 3 | |
| Mittwoch | 2 | 4 | |
| Donnerstag | 3 | 5 | |
| Freitag | 4 | 6 | |
| Samstag | 5 | 7 | |

# Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Nummer 26 München / 6. Jahrgang 27. Juni 1919




## Der Zentralverein

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ist eine deutschnationale Organisation. Ein Unbefangener wird zwar geneigt sein zu fragen, wozu Juden sich zu einer deutschnationalen Organisation zusammenschließen und weshalb sie deutschnationalen Aufgaben nicht lieber in den entsprechenden allgemeinen Organisationen dienen, denn, meint der Unbefangene, jüdische Verbände seien für die speziellen jüdischen Aufgaben da. Unser Unbefangener weiß eben nicht, daß die Juden des Zentralvereins und seiner Richtung an unglücklicher Liebe leiden. Ihre heftige Zuneigung zum Deutschnationalen bleibt völlig unerwidert und gerade deswegen betonen sie sie immer lauter, gerade deswegen ist jedem Juden, der nicht ihrer Richtung ist, ihre grimmige Gegnerschaft sicher. Die kranke Seele der Zentralvereinsjuden hat sich auf der letzten Generalversammlung des Zentralvereins wieder recht merkwürdig betätigt. Der Versammlung wurde von Professor Carl Lewin folgende Resolution vorgelegt:

> „Grundgesetz jedes Rechtsstaates ist die staatsbürgerliche Gleichberechtigung jedes Bürgers, unabhängig von Religion oder Abstammung.
>
> Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wird daher jeden Versuch, aus dem Bekenntnis der Zugehörigkeit zum jüdischen Volk eine Beeinträchtigung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung deutscher Juden herzuleiten, auf das entschiedenste bekämpfen."

Man sollte meinen, daß jedes Mitglied des Zentralvereins diesen Sätzen als einer Selbstverständlichkeit zustimmen müßte. Dem Kampf um die Gleichberechtigung (wenn auch meist in der Form der Bekämpfung antisemitischer Übergriffe) gilt die Haupttätigkeit des Zentralvereins; dem Kampf um die eigentlich selbstverständliche *bürgerliche* Gleichberechtigung natürlich, nicht etwa die nationale. Konnte ein Zweifel bestehen, daß man diese gewöhnliche bürgerliche Gleichberechtigung für jeden Juden zu fordern gewillt sei, ganz gleichgiltig, einen wie starken Teil seines Wesens das Judentum ausmache, gleichgültig, wie er sein Judentum auffasse? Wir hätten es früher als eine Verleumdung des Zentralvereins angesehen, wenn jemand behauptet hätte, daß er die bürgerliche Gleichberechtigung, die doch jedem im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Staatsbürger gebührt, für irgend eine jüdische Richtung nicht in Anspruch nehmen würde. Die schlimmsten Erwartungen sind übertroffen. Der Zentralverein hat die Sätze des Prof. Lewin durch Übergang zur Tagesordnung abgelehnt. Der Zentralverein will also künftig nur noch für die Gleichberechtigung der deutschnationalen Juden eintreten! Wir wollen im Augenblick nicht davon reden, wie gefährlich das Verlassen des allgemeinen Prinzips der bürgerlichen Gleichberechtigung ist, wohin die Aufstellung von Unterschieden führt. Aber für wen fordert der Zentralverein denn nun die Gleichberechtigung? Welches ist denn der Begriff *seines* Judentums? Dem Vereinstitel nach der jüdische Glaube. Soll wirklich ernstlich behauptet werden, daß *er* die gemeinsame Basis des Zentralvereins ist? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Wir wissen, daß das religiös Gemeinsame im Zentralverein allenfalls die negative Stellung zu den religiösen Geboten des Judentums ist. Wenn man 100 beliebige Mitglieder fragen sollte, was eigentlich ihr Judentum ist, würde man die allerverschiedensten, merkwürdigsten Antworten bekommen. Eine wirklich positiv religiöse Stellung wird man selten finden. So ist der Glaube auch keineswegs gemeint. Er ist im Zentralverein absolut Privatsache und wenn ein jüdischer Freidenker aus der Gemeinde austritt, so hindert ihn das keineswegs Mitglied des Zentralvereins zu sein. Die Gleichberechtigungsforderung gilt eben nicht mehr für das Judentum, sondern nur noch für die Juden mit stark verdünntem Judentum, für gewesene Juden sozusagen. Die Voraussetzungen, die der Zentralverein durch seine Stellungnahme zur Resolution Lewin für die bürgerliche Gleichberechtigung fordert, hätten vielleicht bei den Leuten auf der rechten Seite des alten Preußenparlaments Zustimmung gefunden, sonst aber nirgends. Sie fassen den Staatsbegriff so reaktionär wir nur irgend ein ostelbischer Junker und eigentlich könnte sich der Zentralverein nach dieser Leistung als jüdische Abteilung des alldeutschen Verbands etablieren. Bei dieser Entwicklung werden sich die *wirklich* (nicht bloß religiös) freiheitlichen und liberalen Juden doch mit der Zeit fragen müssen, ob sie den Zentralverein weiterhin mit der Vertretung ihrer staatsbürgerlichen Interessen betrauen können.

## II.

Angesichts dieser unerwarteten und unerhörten Stellungnahme in der Gleichberechtigungsfrage kann es nicht wundernehmen, daß der Zentralverein in der Frage des jüdischen Kongresses völlig versagt hat und seinem Führer, dem Justizrat Fuchs die Gefolgschaft verweigert, wo dieser den großen jüdischen Zusammenhängen einigermaßen gerecht zu werden versucht. Justizrat Fuchs erkannte die Notwendigkeit des jüdischen Kongresses als einer breiten demokratischen Tribüne für alle Juden in Deutschland. Um dem Zentralverein auf Wunsch des Justizrat Fuchs die Teilnahme an der Einberufung des Kongresses zu ermöglichen, ließen die Zionisten ihre ursprüngliche Wahlvoraussetzung, das Bekenntnis zum jüdischen Volkstum fallen und man einigte sich auf folgender Basis: Einberufung eines jüdischen Kongresses in Deutschland, zu dem alle Juden vom 20. Lebensjahr an gleiches Wahlrecht haben und der folgende Hauptaufgaben habe: Für die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern zu wirken, für die nationale Autonomie der Juden in den Ländern der jüdischen Massensiedlung einzutreten und am Aufbau des neuen jüdischen Gemeinwesens in Palästina mitzuwirken. Drei Forderungen, die eine Selbstverständlichkeit darstellen, für den der mit dem jüdischen Problem vertraut ist und der an der Sicherung der jüdischen Zukunft mitwirken will. Auf dieser Basis hätte auch in Deutschland ein jüdischer Kongreß als Glied der großen jüdischen Kongreßbewegung stattfinden können und hätte wohl den Anschluß an den zu erwartenden jüdischen Weltkongreß gefunden. Damit würde das deutsche Judentum aus seiner gegenwärtigen Isolierung herauskommen und den Anschluß an das Judentum in der ganzen Welt zurückgewinnen, den es im Interesse der eigenen Entwicklung nicht auf die Dauer entbehren kann. Darüber war sich wohl der Versitzende des Zentralvereins klar, als er die Vereinbarungen mit den Zionisten traf und über diese Dinge fehlt eben dem größeren Teil des Zentralvereins die Einsicht vollkommen. Da wurde von einer Anzahl Redner im Scharfmacherton gegen die Zionisten gesprochen und vor allem die Beteiligung der Ausländer am Kongreß heftig abgelehnt. Nach diesen Herren ist die Einsicht in die Lebensfragen des Judentums (denn um einen j ü d i s c h e n Kongreß handelt es sich doch!) an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden und all den ausländischen Juden, die seit Jahrzehnten in Deutschland wohnen, ja die hier geboren und aufgewachsen sind, wird die Teilnahme am Kongreß verwehrt, weil die deutschen Behörden ihnen seither in einer klar antisemitischen Verwaltungspraxis die Einbürgerung verweigert haben und zwar im Prinzip n u r den Juden. Es stört die betreffenden Staatsbürger jüdischen Glaubens eben kaum, daß sich dieser behördliche Antisemitsmus in der Tendenz gegen sie selbst, ebenso wie gegen die Ausländer richtet.

Es ist reizvoll, wie „Im deutschen Reich" bei der Polemik gegen die Antisemiten fast mit Befriedigung dargestellt wird, wie heute dieser behördliche Antisemitismus gegen die Ausländer mehr blüht denn je, um zu beweisen, daß wir Juden seit der Revolution vom Staat gar nicht so gut behandelt werden, wie die Antisemiten behaupten. Die Behörden sind weiter antisemitisch, also ist alles in schönster Ordnung. —

Diese „Deutschen jüdischen Glaubens", wie sie sich in einer vorgeschlagenen Resolution nennen, wollen absolut keine Zusammenhänge mit den nichtdeutschen Juden; sie haben auch keine. Sie haben überhaupt keine jüdischen Zusammenhänge, denn das Judentum der meisten von ihnen besteht aus — meist sehr blassen — Erinnerungen und aus der Abwehr des Antisemitismus. Ihrem Judentum wohnt absolut nichts Zukunftsstarkes inne, wie es vor allem das nationale und manchmal das orthodoxe Judentum hat. Diese „Deutschen jüdischen Glaubens" haben nicht das Geringste, was sie der nächsten Generation geben könnten und deshalb können alle ihre krampfhaften Bemühungen, die Jugend zu gewinnen (wobei mehr Geld als Geist aufgewendet wird), auf die Dauer keinen Erfolg haben. Daß die Leute, welche die Ausländer zum Kongreß nicht zulassen wollen, es ablehnen, für die nationale Autonomie der Ostjuden einzutreten oder am Aufbau des jüdischen Palästina mitzuwirken, versteht sich fast von selbst. Am liebsten hätte man den ganzen Kongreßplan weit von sich gewiesen, wenn er die Juden auch in Deutschland nicht schon so stark ergriffen hätte, daß seine Verwirklichung unabwendbar ist. Außerstande zu einer vollen klaren Zustimmung zum Kongreßplan, andererseits erkennend, daß die Situation eine einfache Ablehnung unmöglich mache, kam man zu folgender Entschließung:

> „Die Generalversammlung des Zentralvereins begrüßt die Schaffung jüdischer Kongresse in Deutschland, auf denen die die deutschen Juden bewegenden Fragen von den gewählten Vertretern a l l e r d e u t s c h e n J u d e n behandelt werden. Die Generalversammlung erwartet vom Vorstand, daß der erste Kongreß erst zu einer Zeit einberufen wird, in der seine Abhaltung aus allgemeinen Erwägungen angebracht erscheint. Die näheren Bestimmungen bleiben dem Vorstand vorbehalten."

Damit sollen wohl alle Möglichkeiten offen gehalten werden, denn jede klare Stellungnahme ist vermieden. Aber zusammen mit der ganzen vorhergegangenen Aussprache zeigt die Resolution mit aller notwendigen Deutlichkeit, daß d i e s e Zentralvereinsmehrheit nicht im Stande ist, an einem wirklich jüdischen Kongreß mitzuwirken. Sollte der Vorstand aus dieser Resolution die Berechtigung herleiten, Abmachungen zu treffen, die für einen jüdischen Kongreß die unbedingt nötigen Voraussetzungen schaffen, so ist es sehr zweifelhaft, ob sich die Mitgliedschaft daran halten wird. Daß aber für alle positiven Juden, Zionisten, Nationale und Orthodoxe ein Kongreß, wie ihn die „Deutschen jüdischen Glaubens" allenfalls wünschen, gar nicht in Frage kommen kann, erscheint uns ganz selbstverständlich. Dieser Kongreß des Minimal-Judentums wäre völlig wertlos, schlimmer als das, wäre schädlich und die Karikatur eines jüdischen Kongresses.

D e r j ü d i s c h e K o n g r e ß w i r d k o m m e n, mit oder ohne den Zentralverein, und er wird so kommen müssen, daß er der großen jüdischen Kongreßbewegung sich würdig eingliedert. Die Gruppen, die sich bisher für den Kongreßgedanken eingesetzt haben, werden weiterhin im deutschen Judentum aufklärend wirken und alle, die eine gesunde Entwicklung des Judentums wünschen, werden begreifen, daß der Kongreß ein besonders wertvolles Mittel dafür sein wird.

J. G l o g a u e r.

## Die Palästinafrage im Friedensvertrag mit der Türkei.

**Paris, 22. Juni. Der Friedensvertrag mit der Türkei ist bereits fertiggestellt. Der Palästinafrage sind darin 50 Punkte gewidmet, die fast alle Propositionen der zionistischen Friedensdelegation enthalten. Im übrigen enthält der Vertrag auch Bestimmungen über die Stellung der Araber und Englands als Mandatar über Palästina.**

## Eine Alien-Bill in England.

Havas meldet aus London:

„Dem Unterhause wird ein Reglements-Entwurf zugehen, wonach kein Ausländer ohne Erlaubnis eines Auswanderungsbeamten in Großbritannien wird landen dürfen. Die Erlaubnis zum Betreten des britischen Bodens wird Mittellosen sowie aus Gründen der Gesundheit unerwünschten Ausländern verweigert werden, ebenso denjenigen fremden Staatsangehörigen, die wegen eines Vergehens verfolgt werden, das die Auslieferung erheischen würde. Das Verbot erstreckt sich nicht auf Ausländer, die mit einem Fahrschein nach einem anderen Lande versehen, durch Großbritannien reisen. Das Reglement sieht ferner die Schließung der von verdächtigen Elementen besuchten Klubs und Wirtschaften vor."

Diese Havasmeldung ist nicht die erste Nachricht, die einen Ausschluß der „Fremden" oder wenigstens bestimmter Kategorien von ihnen in England als beabsichtigt erscheinen läßt. Auch in Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika machen sich ähnliche Tendenzen geltend, gegen die sowohl vom kanadisch-jüdischen Kongreß als auch von Einzelpersonen protestiert wurde. Diese Anzeichen bedürfen der ernstesten Beachtung der Leiter der jüdischen Politik. Ein Grenzschluß gegen „mittellose" Ausländer würde für die meisten jüdischen Auswanderer verhängnisvoll sein und würde zu einem gerechten Frieden im Sinne der Völkerbundpolitik in krassem Gegensatz stehen. Die Verhältnisse in Osteuropa lassen eine große jüdische Auswanderung nach Öffnung der Grenzen als durchaus möglich erscheinen. Es ist bekannt, daß Palästina nicht imstande sein wird, diese Auswanderung aufzunehmen. Deshalb muß unter allen Umständen erreicht werden, daß die Haupteinwanderungsgebiete, vor allem Amerika und England ihre Häfen für diese Einwanderung nicht sperren.

## Ostgalizien unter polnischer Herrschaft.

Dem Pressedienst der Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien wird gemeldet:

Seit der polnischen Herrschaft in Ostgalizien nehmen die Bedrückungen der jüdischen Bevölkerung kein Ende. Die dort herrschenden Zustände sind unerträglich und die Ausschreitungen der polnischen Truppen gegen die Juden geradezu grausam. Sogleich nach dem Einmarsch der polnischen Armee wurden die jüdischen Nationalräte, die erst vor kürzester Zeit auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes vom jüdischen Volke gewählt worden sind, aufgelöst. Bei der von den polnischen Behörden vorgenommenen Konskription wird die jüdische Nationalität nicht anerkannt und die Juden gezwungen, sich als „Polen" zu bekennen. Die jüdischen Beamten, die unter den Ukrainern Dienst machten, wurden entfernt. Während den ukrainischen Beamten eine Wiederanstellung in Aussicht gestellt ist, werden die Juden von derselben völlig ausgeschlossen.

Die jüdischen Schulen wurden geschlossen und die Wiederaufnahme der jüdischen Schuljugend in die allgemeinen Schulen den ärgsten Beschränkungen unterworfen.

Zahreiche Juden werden von der Straße, von Bethäusern zu schweren Arbeiten, jüdische Frauen vom Hause in die Kasernen zum Kartoffelschälen und dergleichen selbst an Samstagen und jüdischen Feiertagen geschleppt. Hiebei werden die Leute ihrer Kleidung, ihres Geldes und ihrer Wertsachen beraubt. Die Soldateska drangsaliert unaufhörlich die Juden und schneidet jüdischen Passanten die Bärte ab, wobei viele an Blutvergiftung sterben.

Als am 11. Juni die Ententemission in Stanislau weilte und deren Leiter den Wunsch äußerte, jüdische Vertreter über die gegenwärtige Lage der Juden zu befragen, wurden von den polnischen Behörden keine Nationaljuden zugelassen, sondern drei Assimilanten, Dr. Halpern jun., Dr. Atlas und Rabbiner Horowitz als Vertreter der Judenheit vorgeführt. Die Genannten überreichten auf eigene Faust ein Memorandum, in welchem sie den Wunsch äußerten, daß ganz Galizien dem polnischen Reiche einverleibt werde, da die Lage der Juden unter polnischer Herrschaft eine gute sei (!).

Trotzdem die jüdische Bevölkerung erst vor einigen Wochen den Jüdischen Nationalrat als ihre vertretende Körperschaft eingesetzt hatte, versuchen die Assimilanten noch immer gegen den Willen der Massen die alte verräterische Moschkopolitik zu betreiben.

### Eine Kundgebung der jüdischen Nationalratdelegation für Ostgalizien.

Die Wiener Delegation des ostgalizischen Nationalrates hat nach Anhörung der Referate über die jetztige Lage in Ostgalizien folgende Resolution angenommen:

I. Die jüdische Neutralität.

Anknüpfend an die feierliche Entschließung des ersten jüdischen Nationalrattages für Ostgalizien vom 18. bis 20. Dezember 1918 „im nationalen Streit zwischen beiden das Land bewohnenden slawischen Völkern nach wie vor volle Neutralität zu wahren", erhebt das jüdische Volk gegenüber beiden kämpfenden Völkern den Anspruch auf Respektierung seiner nationalen Sonderheit und verlangt die Weiterbelassung der von ihm nach dem Zusammenbruch der Monarchie geschaffenen nationalen Vertretungen und Institutionen.

II. Protest gegen die polnischen Rechtsbrüche.

Die Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien protestiert:

a) gegen die von den polnischen Behörden angeordnete Auflösung der aus breitester demokratischer Wahlordnung hervorgegangenen jüdischen Nationalräte, sowie auch gegen die Wiederberufung der alten, vom jüdischen Volke einmütig abgelehnten israelitische Kultusgemeindevertretungen;

b) gegen die Verfolgung der gewählten Vorstände der jüdischen Nationalräte, von denen unter anderen Dr. Rottenstreich, Präsident des jüdischen Nationalrates in Sambor, unrechtmäßig verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt wurde;

c) gegen die Verletzung der von Juden proklamierten und von beiden Parteien anerkannten Neutralität im polnisch-ukrainischen Kampfe durch die rechtswidrige Heranziehung der ostgalizischen Juden zum Dienst im polnischen Heere;

d) gegen die rechtswidrige Entlassung jüdischer Staatsbeamten vom Dienst, weil sie gemäß der Haager Konvention auf ihrem Posten ausharrten, ihre Neutralität bewahrten und sich keines anderen „Vergehens" schuldig machten, als daß sie sich zur jüdischen Nationalität bekennen;

e) gegen den Ausschluß jüdischer Mittel- und Hochschüler in Ostgalizien aus öffentlichen Unterrichtsanstalten.

III. Protest gegen die rumänische Invasion.

Die Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien erhebt ferner Protest gegen die Besetzung ostgalizischer Gebiete durch die Rumänen, die den Juden im eigenen Lande die primitivsten menschlichen und bürgerlichen Rechte stets verweigerten und auch nach Galizien, auf welches sie weder einen ethnographischen noch den geringsten Schein eines historischen Rechtes beanspruchen können, das rumänische System der Judenknechtung und der Judenverfolgung, das bereits in Kolomea in blutigen Ausschreitungen gegen Juden seinen Ausdruck fanden, hineintragen.

IV. Gegen den materiellen Ruin der Juden.

Die Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien fordert die jetzigen Machthaber in Ostgalizien auf, gemäß den ihnen nach der Haager Konvention obliegenden Verpflichtungen die Valutafrage auf die Weise zu ordnen, daß die jüdische Bevölkerung in Ostgalizien von einer materiellen Katastrophe bewahrt werde, indem die von der ukrainischen Regierung zwangsweise eingeführte eigene Valuta in ihrem vollen Nominalwert erhalten werde.

## Der Zusammenbruch der jüdischen Gemeinden in Rußland.

Vor kurzem fand in Moskau unter dem Vorsitz des H. Kreinin eine Konferenz der jüdisch-demokratischen Gemeinden Großrußlands statt. Auf der Tagesordnung stand die Frage der Liquidierung des Zentralkomitees des Gemeindeverbandes, dessen weitere Existenz im Hinblick auf den bereits erfolgten Zusammenbruch der Provinzgemeinden zwecklos ist. Von mancher Seite wurde beantragt, bei der Sowjetregierung für die Ermöglichung eines normalen Funktionierens der jüdischen Gemeinden zu intervenieren, wogegen sich fast alle Teilnehmer ausgesprochen haben. „Man dürfe sich nicht erniedrigen lassen" — lautete die Antwort auf diesen Vorschlag.

Der Rechenschaftsbericht widerspiegelte den völligen Zusammenbruch der jüdischen Gemeinden Großrußlands. In Moskau ist man darauf gefaßt, daß eines schönen Tages die dortige jüdische Gemeinde geschlossen werden wird.

## Jüdische Wahlerfolge im Tschecho-slowakischen Staat.

**Prag**, 22. Juni 1919. Die ersten Gemeindewahlen in der tschecho-slowakischen Republik hatten, soweit sich bis heute die Wahlresultate in Böhmen und Mähren übersehen lassen, in den größeren Städten einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Nach den bisher bekannt gewordenen Resultaten sind bereits ungefähr 80 jüdisch-nationale Vertreter in die kommunalen Verwaltungen gewählt worden, ein Beweis, wie tief der jüdische Volksgedanke bei den Juden dieser Landesteile Wurzel gefaßt hat. So haben z. B. in Groß-Prag 60 Prozent der jüdischen Wähler ihre Stimme für die national-jüdische Liste abgegeben und dadurch 9 Juden in den Stadtrat entsandt. Der Ausfall dieser Wahlen zeigt, daß hinter den National-Juden die große Majorität der Juden überhaupt steht und daß die Assimilanten, die hier eine so besonders merkwürdige Rolle spielten, gründlich abgehaust haben. Jetzt werden wohl auch die offiziellen Repräsentanten in den jüdischen Kultusgemeinden, welche durch die kriegerischen Verhältnisse seit längerer Zeit Neuwahlen hintanzuhalten wußten, gezwungen sein, auf die Stimmen aus dem Volke zu hören und auch hier baldigst Neuwahlen zu veranlassen.

## Delegiertentag des Schweizerischen Zionistenverbandes.

Am 28. und 29. Mai fand im Großratsaal in Basel der 22. Delegiertentag des Schweizerischen Zionistenverbandes statt. Der Präsident des Verbandes, Rechtsanwalt Dr. Brunschwig, eröffnete die Tagung durch eine Begrüßungsansprache, in der er die Mitarbeit aller Juden aufrief für die in den nächsten 10 Jahren zu leistende schwere Arbeit in und für Palästina. Er begrüßte die Herren André Spire aus Paris, Dr. Mossinsohn aus Jaffa, die ostjüdischen Nationalräte Dr. Krämer und Dr. Diamant, sowie den Präsidenten der Gemeinde Adass Jisroel, Herrn Kalier. Darauf begrüßte Herr Dr. Mossinsohn in hebräischer Ansprache die Tagung, Dr. Diamant sprach im Namen der jüdischen Nationalräte.

In seinem dem Delegiertentag vorgelegten Rechenschaftsbericht sprach Dr. Brunschwig ausführlich über die schönen Erfolge, die der Zionismus in der Schweiz aufzuweisen hat. Die Zahl der Verbandsmitglieder ist von 1100 auf 2298 gestiegen. Es sind 749 neue Schekelzahler gewonnen worden. Der Schweizerische Zionistenverband, dessen Ansehen innerhalb der Judenheit der Schweiz sehr gestigen ist, hat mit Erfolg einige politische Aktionen unternommen. Er ist zweimal an die Bundesregierung herangetreten, einmal, um die Konferenz der Nationalräte in der Schweiz zu ermöglichen, ein anderes Mal, um gegen die Pogrome in Polen eine Abwehraktion einzuleiten. — Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen im Berichtsjahre mehr als 80 000 Franken, die Ergebnisse der Nationalfondssammlungen sind von 17 000 auf 36 797 Franken gestiegen. — Der Tagung lagen Begrüßungstelegramme vor: von den Mitgliedern des Engeren Aktions-Komitees, von der Leitung der zionistischen Organisation in London, die die Notwendigkeit betonte, alle Anstrengungen zu machen, um die Stärke des Zionismus beim Eintritt in die neue Epoche zu demonstrieren und die von den Zionisten in der Schweiz auch in finanzieller Beziehung volle Unterstützung erwartet. Ferner vom Kopenhagener Zionistischen Bureau usw.

Die Tagung nahm einstimmig folgende Protest-Resolution gegen die Judenpogrome in Polen an und beschloß, sie dem Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Kenntnis zu bringen:

„Die 22. Schweizerische Delegiertentagung vom 29. Mai in Basel, beschickt von allen Zionistischen Ortsgruppen und Vereinen der Schweiz, erhebt flammenden Protest gegen die unmenschlichen, aller Kultur spottenden Pogrome durch die polnische Soldateska und den polnischen Mob, die mit Wissen der polnischen Behörden in Szene gesetzt oder von ihnen geduldet werden. Zur Schande der polnischen Regierung sei es gesagt, daß sie erst nach vollbrachtem Massenmord, nachdem Hunderte von jüdischen Vätern, Müttern und Kindern ihr elendes Leben lassen mußten, einschreitet, aber nichts unternimmt, um diese sich häufenden Greuel ein für allemal zu verhindern. Der heutige Delegiertentag gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß die Pariser Friedenskonferenz bis heute das Machtwort nicht gesprochen hat, um den bestialischen Masakers endlich einmal ein Ende zu bereiten. Der heutige Delegiertentag appelliert an den Hohen Bundesrat, vornehmlich an Herrn Bundespräsident Ador, den früheren Präsidenten des Roten Kreuzes, unsere Resolution zur Kenntnis zu nehmen, sie weiterzuleiten und, soweit die diplomatischen Mittel unseres Hohen Bundesrates reichen, unserer Bitte Nachdruck zu geben."

## Literarisches Echo

**Richard Beer-Hoffmann.** Jaakobs Traum. S. Fischer Verlag, Berlin. Beer-Hoffmann hat als Dramatiker durch den „Grafen von Charolais" längst einen guten Namen. Uns ist er überdies als Lyriker aus früheren „jungjüdischen" Gedichten bekannt, in denen die anscheinend heterogenen Vorzüge der Formenschönheit, des gedanklichen Ernstes und der gemütlichen Durchdringung vereinigt sind. Die Formenschönheit ist das Erste, was auch bei seinem neuen Drama aufs angenehmste auffällt; dieses Drama ist ein Vorspiel zu einer Triologie, die als Vorwurf die Geschicke des Hauses Israel behandeln soll. Die Sprache ist gediegen und trotzdem voller ursprünglicher Kraft; es wird uns daran so recht deutlich, woher die Originalität der dichterischen Sprache quillt, nämlich aus dichterischer Originalität. Eine Kleinigkeit, die wir auszustellen haben, ist künstlerisch belanglos, aber doch befremdend: Wenn der Künstler von der üblichen Schreibweise und Betonung „Jákob" abgeht, so wäre die hebräische Form „Jaakób" verständlich gewesen; unbegreiflich und im metrischen Gefüge oft störend ist dagegen die Betonung Jaákob"; ähnliches gilt für fast alle vorkommenden Eigennamen (Michául, Raphául, Gabríel). Diese Caprice der Aufmachung hätte das Werk nicht nötig gehabt.

Das zweite Element der künstlerischen Persönlichkeit B. H.'s, wie sie uns erscheint, die „gemütliche Durchdringung" seines Stoffes, ist nicht nachzuweisen; wer das Buch liest, wird die Wärme verspüren, die ihm daraus entgegenweht. Nur der Gegenstand, der die Aufnahme- und Reproduktionsorgane des Künstlers in Bewegung setzt, kann in eine künstlerische Form gegossen mit dieser Form zu einer künstlerischen Einheit verschmelzen. Ein solches die Dichterkraft weckendes Thema ist für B. H. das große Drama der jüdischen Geschichte, zu dem er uns jetzt das Vorspiel gegeben hat. Die Gefühlsspannung seines Werkes bestätigt die Wahl seines Themas als ihm angemessen; und in dieser Wahl finden wir die schon durch die Selbständigkeit der Form erwiesene echte Künstlerpersönlichkeit erneut bekräftigt. Auch von dem dritten der Vorzüge der Kunst B. H.'s — dem gedanklichen Ernst — kann man eigentlich nur sagen: lies das Buch und Du wirst ihn verspüren. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß B. H. „etwas kann", so ist er damit aufs sicherste gegeben: daß er seine Gedanken eindringlich darlegen kann, ohne scharfsinnig und ohne lehrhaft zu werden. Das war die Klippe, vor der ich mich gefürchtet habe, als ich das Buch zu lesen begann, und an der Minderbegabte zu scheitern pflegen. Gescheitert ist der Dichter B. H. daran nicht. Aber wenn schöne Form und starkes Gefühl unmittelbar vom Papier des Buches durch das Auge in das Innere des Lesers überzeugend einströmen, so rückt der gedankliche Unterbau das Ganze aus der Sphäre der Überzeugung in die der möglichen Erörterung. Gefühle eines anderen kann man verstehen oder nicht verstehen; kritisieren kann man sie nicht. Gedanken aber sind wir gewöhnt, kritisch zu betrachten. So wird in der Regel von der sogenannten „Gedankenlyrik" eine weniger unmittelbare Überzeugungskraft ausströmen, als von der reinen Lyrik, und so hat auch B. H. den künstlerischen Wirkungsbereich durch diesen gedanklichen Unterbau zweifellos verengert. Da indessen zunächst nur das Vorspiel vorliegt, bleibt abzuwarten, ob nicht das rein Gedankliche in den Hauptteilen des Werkes ziemlicherweise zurückhaltender auftritt. Aber da bleibt noch eines, womit wir uns weniger leicht abfinden. Die Geschichte von Jakob und Esau hat einen fest bestimmten Gefühlswert für uns. Die Gestalten der Bibel sind keine Menschen, deren Charakter und Motive zu beurteilen wir das Bedürfnis haben. Daß nach der biblischen Darstellung der Patriarchengeschichte B. H. nochmals eine Darstellung, und zwar eine völlig abweichende, gibt, wird begreiflich nur durch die Traditionslosigkeit unserer Zeit und deshalb — weil es sich um ein Vorspiel handelt. Die allegorisch-gedanklichen Erfordernisse eines Vorspieles in ein historisch gegebenes

Milieu hineinzubannen, ist immer heikel und vielleicht ganz unmöglich. Die göttliche Schlichtheit der Geschichte Jakobs und Esaus wesentlich kompliziert und um zahlreiche Einzelzüge „bereichert“ säuberlich als Vorspiel eines noch so schönen Kunstwerkes aufgetischt zu bekommen, kann uns nicht restlos erfreuen. Diese Vorspeise ist ganz vortrefflich — aber zu sehr gewürzt. Der Koch hat übersehen, daß die Speise so wie so schon ein eigenes Aroma hat. Aber wo bleibt da die dichterische Freiheit, fragt man. Die soll ja niemand bestritten werden. Ich sage nur mit Bedauern: mir scheint die Vorspeise zu sehr gewürzt. Jeder Stoff verlangt seine eigene Technik der Bearbeitung. Die Gefahr, daß dies übersehen wird, dürfte bei den Hauptteilen des Werkes, auf die wir mit Spannung warten, geringer sein. R. S.




## Aufruf zur Gründung jüdischer Kleingärten.

Als den ersten praktischen Schritt zur ethischen Erneuerung der Judenheit durch allmähliche Umschichtung der Berufe hat der Daniel-Bund die Gründung jüdischer Schreber- oder Kleingärten für Obst- und Gemüsezucht nach Muster der städtischen Mietgärtenanlagen in München unternommen und zu diesem Zweck einen Fonds gebildet. Diese Gärten sollen auch jedem im Erwerbsleben tätigen Juden die Möglichkeit geben, einen Teil seiner berufsfreien Zeit der für Körper und Geist nützlichen Bodenkultur zu widmen und in engere Berührung mit der Natur zu kommen. Die Kleingärten sollen in der nächsten Umgebung der Stadt unter bewährter sachkundiger Leitung angelegt und mit der Straßenbahn ohne erheblichen Zeitverlust zu erreichen sein. Es ist hierfür die Pacht eines geschlossenen Terrains für eine längere Zeitdauer in Aussicht genommen. Die Vorbereitungsarbeiten für diese Anlage sollen noch in diesem Sommer beginnen, damit die Gärten schon anfangs nächsten Jahres bezogen werden können. Die Kosten für jeden Gartenpächter werden umso geringer sein, je mehr Teilnehmer sich finden. Die einzelnen Pachtflächen sollen 100 bis 300 qm betragen.

Wir bitten diejenigen, die für dieses Unternehmen Interesse haben, dies an den Schriftführer des Daniel-Bundes, Herrn Nathan Chavkin, Bergmannstr. 7, mitzuteilen und ihm ev. diesbezügliche Anregungen und Vorschläge zu machen. Herr Chavkin, der bereits einen Garten in der städtischen Mietgärtenanlage Westendstraße gepachtet hat, ist jederzeit bereit, Interessenten durch diese Mietsgärten, die u. a. auch die beste Erholungsgelegenheit für die Familienglieder der Gartenpächter in der schönen Sommerzeit bieten, zu führen.

Unterstützungen für den jüdischen Kleingärtenfonds wie auch sonstige Beiträge für den Daniel-Bund sind an den Kassenverwalter des Bundes Dr. Sigbert Feuchtwanger, Residenzstr. 27, Postscheckkonto Nr. 143 333, zu senden.

Die Vorstandschaft
des Daniel-Bundes

Vorsitzender: Hofrat Dr. med. Adolf Theilhaber.

## Gemeinden- u. Vereins-Echo

**Die Talmud-Thora-Schule München**, seit 1. April eröffnet, hat den Unterricht in allen jüdischen Lehrfächern im vollen Umfang aufgenommen. Von den nahezu 400 eingeschriebenen Schülern hat jedoch ein Teil die Anstalt bis jetzt noch nicht besucht. Die Unterrichtszeit ist werktäglich von 9—12 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags, so daß jedem Lernbegierigen die Möglichkeit zum Besuch in ausreichendem Maße gegeben ist.

**Arbeitsgemeinschaft Nicht-Inkorporierter Jüdischer Akademiker.** Montag, den 30. Juni 1919, Versammlung sämtlicher nicht-inkorporierter jüd. Akademiker aller hiesigen Hochschulen zu wichtigen Besprechungen im Nebenzimmer des Wittelsbacher-Garten, Theresienstrasse, abends 8.15 ct.

**Haschachar München.** Nächster Vereinsabend Mittwoch, den 2. Juli, abends 7 Uhr, Giselastr. 16. Hebräisch Lekt. 26 und 27. Referat: Hanna Behrend über Lichtheim.

**Münchner Spendenausweis.** Nationalfondsspenden: Fam. David Horn grat. z. Verlobg. Barber-Blasbalg 2.—; Hecht-Teitel 2.— Fam. Reifer grat. herzl. z. Vermähl. M. Rosenbusch u. Frau Hanna 5.—; Adele Hohenberger grat. herzl. z. Verlobg. Hecht-Teitel 3.—; Fam. Bohrer dankt ihren Freunden u. Bek. f. d. Glückw. u. Gesch. z. Verlobg. ihrer Tochter 10.—; Fam. Samuel Mahler grat. herzl. z. Verlobg. Hecht-Teitel 2.—; Fam. Schenirer grat. Fam. Holzapfel z. Vermählg. ihrer Kinder 2.—; Lina Strumpf grat. Gusti Barber zur Verlobung 2.—.

Gold. Buch Haschachar: Camilla Hohenberger dankt Jenny Feuchtwanger f. d. eingel. Versprechen 2.—.

Friedl Mischliborsky s. A. Familie Wilschinsky grat. Fam. Holzapfel 3.—; Fam. Botie 3.—; Rothschild 3.—.

Gold. Buch Richard Fraenkel s. A. Hans Riesenfeld u. Alfr. Berliner dank. Justizr. Fraenkel f. Schewuoth Einladung 4.—.

Dr. Anton Goldschelder Garten. Mchn.: Lu Neström wünscht b. s. Weggang v. Mchn, daß das abc endl. ins Rollen kommt u. pfl. a. d. Nam. Elisabeth Mahler 1 B. 6.—; Lu-Ma freut sich Lus Kameraden kenn. gel. z. haben u. pfl. ebenf. a. d. Nam. Elisabeth Mahler 1 B. 6.—.

Frieda Myschliborsky s. A. Gart.: Abr. Myschliborsky d. And. s. unvergeßl. Schw. Friedl 12 B. 72.—; a. Anl. d. Vermählg. Moritz u. Hannah Rosenbusch geb. Rothschild 1 B. 6.—; ders. anl. d. Vermählg. Mechlowitz-Holzapfel 1 B. 6.—; Gustav u. Eva Nathan anl. d. Vermählg. v. Moritz u. Hannah Rosenbusch 1 B. 6.—; Recha Myschliborsky grat. ihrer lb. Agudas-Schwester Else Fränkel z. Verlobg. u. Hannah Rosenbusch z. Vermählung 1 B. 6.—.

Klara Fränkel s. A.-Garten. Die zionistische Ortsgruppe München grat. Dr. Julius Siegel z. Verlob. 1 B. 6.—; Fam. Wilschinsky grat. z. Vermählung Jos. Blumenfeld u. Frau Betty 1 B. 6.—; desgl. Jakob Wilschinsky 1 B. 6.—.

Palästina-Arbeiter-Fonds: bei der Verlob.-Feier Hecht-Teitel ges. 60.—; Brautpaar Teitel-Hecht statt Karten 15.—; Geschw. Hecht grat. d. Brautpaar 10.—; Jakob Teitel u. Braut wünsch. herzl. Masel tof; Mosche Königsberg u. Braut 3.—; Joseph Löwy u. Frau 3.—; Leo Herbst 3.—; Ida Tennenbaum 2.—; z. Verlobung Barber-Blasbalg grat. Ida Tennenbaum 2.—; Jos. Löwy u. Frau 3.—.

Für den Gesamtausschuß der Ostjuden: Ben Jehuda a. Dank an Frl. B. S. f. d. sch. Abend 10.—; Fam. Schenirer grat. Fam. Holzapfel z. Vermählg. ihrer Kinder u. spendet 10.—; ges. b. d. Verlobg. Bohrer-Fleischer durch Moritz Bohrer, z. Gunsten v. Flüchtlingen 50.—; Fam. Botie anl. d. Verlob. ihres Sohnes 10.—; J. Barber, München, anl. d. Verlob. s. Tochter Gusti m. Bernhard Blasbald 50.—; für Talmud Thora München 100.—.

**Stuttgarter Spendenausweis.** Eintragung in das Goldene Buch: Simiaida Weinschel 400.—; Bruno Weinschel 400.—.

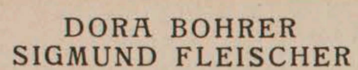
Osk. Weinschel-Garten: S. Friedrich u. Frau, Osk. Pariser u. Frau, B. Salzberg u. Frau grat. Osk. Weinschel u. Frau z. Geb. ihres Sohnes Bruno u. spend. a. d. Nam. je 1 Baum 18.—; M. Rothschild anläßl. d. Verlob. s. T. Alise mit Regierungsb. Osk. Bloch a. d. Nam. 7 Bäume 42.—; B. Salzberg dch. S. Baruch Karlsruhe f. d. Unterhalt. b. Hochz. Kauf. Weißblüth 6.—; Osk. Weinschel grat. M. Rothschild z. Verlob. s. T. Alise m. Regierungsb. Bloch u. spend. 1 Baum a. d. N. M. Rothschild, 1 Baum a. d. N. Alise Rothschild, 1 Baum a. d. N. Regierungsb. Osk. Bloch 18.—.

Oberkirchenrat Dr. Th. Kroner-Garten: M. Rothschild anläßl. Verlob. s. T. Alise m. Regierungsb. Osk. Bloch a. d. Namen 7 Bäume 42.—.

Aus selben Anlaß f. Nationalfonds 16.—; M. Paiser u. Frau grat. Fam. Botie, München, z. Verlob. ihres Sohnes 2.—.

**Nürnberger Spendenausweis:** Sammlung f. d. Palästinawoche: J. Wolinsky 25.—; Wolf Ullmann 100.—; J. Blumenfeld 50.—; dch. Dr. J. Bamberger. Adolf Manes 1000.—; S. Jasmin 100.—; N. Biegeleisen 200.—; M. Schloß 100.—; Dir. Kugler 50.—; Jos. Wollner 50.—; Js. Grünbaum 100.—; Dav. Rosenthal 50.—; W. Willmersdörfer 100.—; Js. Kissinger 100.—; M. Salzer 100.—; Th. Guckenheimer 100.—; D. Gundelfinger 100.—; H. Wachtel 50.—; Jos. Klein 50.—; L. Nauheim 50.—; Jos. Meyer 50.—; Ad. Münz 50.—; E. Spaeth 50.—; S. Schuhmann 50.—; Alfr. Fränkel 50.—; N. N. 200.—; dch. Frl. Schachne: Fr. F. Liebenthal 10.—; Zahnarzt Spitzer 25.—; J. Schwarz 10.—; J. Weil 10.—; N. N. 50.—; Adolf Herbst 10.—; Fr. Herm. Flamm 10.—; Fam. Albert Schachne 50.—; Fam. Strauß-Hichberg 20.—; Kurt Erlanger 5.—; Frl. Tilly Oppenheimer 10.—; dch. Frl. L. Vorhaus: Holzinger u. Fr. L. Kaiser 100.—; Fr. N. Vorhaus 25.—; Fr. L. Sturm 10.—; Fr. Rauh Würt. Hof 10.—; N. N. Sammlung 20.—; H. P. Bickart Würt. Hof 5.—; N. Bonne f. Bonne-Garten 100.—; H. H. Nordschild Fürth 20.—; dch. Fr. Julie Gessner: Heinrich Frohmann 100.—; Fr. Am. Frohmann 50.—; Gebr. Schwarzhaupt 50.—; N. N. 20.—; Hugo Bärmann 50.—; N. N. 10.—; dch. Fr. Hilda Kronacher: Fr. Gertr. Zucker 20.—; H. Ottensooser 20.—; N.N. 25.—; J. Frank 25.—; Dr. L. Alexander 50.—; Dr. B. Latte 30.—; Dr. Krackenberger 5.—; Willy Schmidt 20.—; Dir. A. Goldschmidt 20.—; Hecht 20.—; Dr. H. Kahn 20.—; K. Guggenheim 20.—; Heinr. Moos, Zürich 20.—; Fr. Dr. Kronacher 50.—; dch. Fr. D. Bing: N. N. 300.—; N. N. 300.—; N. N. 50.—; N. N. 50.—; N. N. 200.—; Fr. Dr. Bing 200.—.

(Forts. folgt.)



DORA BOHRER
SIGMUND FLEISCHER

Verlobte

MÜNCHEN, Juni 1919 — Baaderstr. 38, Westermühlstr. 6

---

*Mosche Königsberg*
*Hedda Königsberg, geb. Fleischmann*

*Vermählte*

*München* — *Fürth i. B.*

*Trauung: 1. Juli 1919, 2 1/2 Uhr, Fürth, Maxstrasse 17/I*

---

**Zionistische Ortsgruppe München.**
**Ahavas-Zion München.**

## VORTRAG

**des Herrn Dr. WALTER KLUGE, Berlin**

## JUDENTUM u. DEUTSCHTUM

**Mittwoch, den 2. Juli 1919**
**abends präzis 8 Uhr**

**m kleinen Saa  s Hotel Union, Barerstraße**

---

**Intelligent. junges Fräulein, isr.,** mit guten Umgangsformen und Kenntnissen im Kaufmännischen, sucht Stelle für Empfang, Telephonbedienung, auch Erledigung der schriftlichen Arbeiten. Gefl. Offerten unter „M. H." an die Expedition.

Verantwortlich für die Redaktion i. V.: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.